



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 800

P/XIV/193 - 28. August 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a

Die erste Station
Nach dem Bonner Besuch Eisenhowers

2 - 3

Das Ende von Bandung
Vor einem Erdbeben in Asien

78

4 - 5

Schleswig-Holstein - Armenhaus der Bundesrepublik
Steueraufkommen liegt unter dem Bundesdurchschnitt

59

6

Kommunistenjäger
Wölfe im Schafspelz

37

* * * * *
* * *

Die erste Station

Der Bonner grosse Tag ist vorbei. Der Glanz, der auf diesem Städtchen am Rhein lag, ist wieder verlöschen, der Alltag wieder eingezogen. Die Fahnen und Transparente verschwanden und die Polizisten, denen die Sorge für die Sicherheit des amerikanischen Staatsberhauptes oblag, geben sich einer wohlverdienten Ruhe hin.

Worin besteht das politische Fazit dieser erregenden Stunden? Das offizielle Kommuniqué über die Begegnung Eisenhowers mit Bundeskanzler Adenauer gibt über den Inhalt der geführten Gespräche nur kargliche Andeutungen, es ist allgemein gehalten und nur ein Satz, ein allerdings entscheidender Satz, enthält politische Substanz. "Die Zusammenarbeit beider Länder innerhalb des atlantischen Bündnisses, das von überragender Bedeutung für den Weltfrieden ist, wird daher auch künftig einer der Eckpfeiler ihrer Aussenpolitik sein," heisst es im Kommuniqué. Bedeutet dieser Satz, dass die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO ein Prinzip ist, an dem nicht gerüttelt werden darf? Das würde künftigen Verhandlungen über Deutschland von vornherein recht angelegene Grenzen setzen und sie ausschliesslich auf die Beibehaltung des Status quo konzentrieren, eines Status quo, der auf der Grundlage der Teilung Deutschlands beruht.

Eisenhower hat es mit viel Geschick und Eleganz vermieden, sich auf seiner Pressekonferenz festzulegen. Eine Frage wie die, ob die Vereinigten Staaten für die Wiedergewinnung der Gebiete hinter der Oder-Neisse-Linie eintreten werden, tat er lässig mit der Bemerkung ab, dies sei eine Detailfrage, die eine Erörterung von allgemeinen und noch wichtigeren Fragen verhindere. Diese Bemerkung, deren politische Bedeutung nicht zu übersehen ist, ist nur erklärlich vor dem Hintergrund der Ost-West-Spannung. Würden alle Staaten und alle Regierungen heute darauf drängen, die Erfüllung ihrer besonderen nationalen Wünsche und Aspirationen zur Vorbedingung von Ost-West-Gesprächen zu machen, bliebe wohl der Versuch Eisenhowers, zuerst einmal das Eis zu brechen, gleich hoffnungslos in den Anfängen stecken. Für den amerikanischen Präsidenten ist neben der selbstverständlichen Betonung der westlichen Solidarität die Abrüstung der zentrale Punkt seines politischen Handelns. Nur auf diesem Wege ist nach Eisenhowers Worten die Stärkung einer Vertrauensatmosphäre möglich.

Der amerikanische Präsident hat als erste Station seiner europäischen Erkundungstour die provisorische Hauptstadt Westdeutschlands gewählt und damit bekundet, welche Bedeutung er der deutschen Frage im west-östlichen Spannungsfeld zumisst. Dass er bei dieser Gelegenheit die amerikanische Standhaftigkeit hervorhebt, in der Treue an West-Berlin festzuhalten und die deutsche Wiedervereinigung als den Schlüssel für einen gesicherten Weltfrieden nicht aus der Sicht zu verlieren, dafür wissen ihm Millionen Deutsche Dank. In der Vergangenheit tauchten hier und da Befürchtungen auf, die Vereinigten Staaten könnten sich eines Tages zu Lasten des deutschen Volkes und über die Köpfe der Deutschen hinweg mit der Sowjetunion verständigen. Solchen Befürchtungen fehlt jeder Grund. Die deutsche Demokratie kann mit den Vereinigten Staaten als einem zuverlässigen Verbündeten rechnen. Das beruht allerdings auf Gegenseitigkeit.

Eisenhowers Unternehmen gilt dem großartigen Versuch, mit dem mächtigsten Gegenspieler, mit Nikita Chruschtschow, so etwas wie eine weltpolitische Hausordnung zu errichten. Unsere Welt ist zu klein geworden, um auf die Dauer ohne Schaden gefährliche Rivalitäten ertragen zu können. Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten haben noch heute den Schlüssel zum Weltfrieden in ihren Händen, von ihren Entscheidungen, Beschlüssen und Reaktionen hängt es ab, ob der Welt eine Periode friedlicher Aufbauarbeit geschenkt werden kann oder nicht - eine Aufbauarbeit, die in erster Linie die zwei Milliarden Menschen umfassen muß, die heute noch in einem unvorstellbaren Elend leben und auch zu den Gütern dieser Erde drängen. Mit bewegter innerer Stimme rief Eisenhower vor seinem Abflug nach Europa aus, das Wettüben könne nicht auf unbegrenzte Zeit weitergehen. In den Vereinigten Staaten würden jährlich jähraus über 40 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben und einmal werde der kritische Punkt erreicht sein, wo es zur Explosion komme. Das muß nicht unbedingt eine kriegerische Explosion sein, die Geschichte kennt genügend Beispiele von Staaten, die durch ihre Rüstungslasten ökonomisch und moralisch der Auszehrung verfielen.

Auf die Minderung der Rüstungslasten und auf die Linderung eines unerträglich gewordenen Drucks konzentriert heute Eisenhower seine politischen Bemühungen. Militärische und politische Entspannung im Weltmaßstab ist seine Devise. Ihr ist alles untergeordnet, ihr soll auch seine kommende Begegnung mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow dienen. Die Abrüstung im globalen Maßstab hat sich in den vergangenen Jahren jedoch als eine zu harte Nuß erwiesen. Realistischer und erfolgverheißender sind Abmachungen auf regionalen Gebieten, sozusagen als Vorstufe für umfassendere Abkommen. Ein solches Abkommen dürfte in absehbarer Zeit über die garantierte und kontrollierte Einstellung von nuklearen Testexplosionen getroffen werden. Aber das ist nur ein Teilaspekt, ebenso wichtig, für die Lösung der deutschen Frage sogar lebenswichtig, sind Vereinbarungen über die Bildung von atomwaffenfreien Zonen in Mitteleuropa, verbunden mit einem Auseinanderreißen feindlich gegenüberstehender Militärblöcke auf deutscher Boden. Man weiß, der Bundeskanzler ist kein Freund solcher Gedanken, er will zwar auch die allgemeine Abrüstung, aber selbst entzieht er sich der Verpflichtung, einen Beitrag dafür zu leisten. Sein Traum gilt der Bildung einer dritten mit Atomwaffen versehenen Macht, bestehend aus der Bundesrepublik und Frankreich. In dieser phantastischen Konzeption liegt die Möglichkeit eines tiefen Konfliktes mit den Vereinigten Staaten; eine solche dritte Macht müßte aus vielen Gründen als Barriere gegen eine amerikanisch-sowjetische Verständigung erweisen.

Noch ist es nicht soweit und einflußreiche Kräfte innerhalb der Bundesregierung zögern, einen Kurs zu steuern, der auf die deutsch-amerikanische Freundschaft schwere Schatten werfen müßte und eine Harmonie zerstören würde, die äußerlich in diesen Tagen so eindrucksvoll zum Ausdruck kam.

+ + +

"Ich glaube, es gibt fast nichts so Gefährliches in der Weltgeschichte wie eine einstmals große Nation, die keine mehr ist, die das nicht zugeben will und daher versucht, die Politik einer großen Nation zu treiben."

Physiker Prof. Dr. Carl
Friedrich von Weizsäcker

+ + +

Das Ende von Bandung

E.D. - Indische Wachen haben das Feuer chinesischer Kommandotruppen an der Nordwestgrenze des Staates Assam erwidert. Mit diesen Schüssen entschwindet der Geist von Bandung - einst mächtiger Impuls farbiger Selbstbehauptung, von der asiatischen Bühne. Es gehört zur tragischen Ironie der Weltgeschichte, dass jene Allianz, die sich gegen die Formen des weissen Kolonialismus und Imperialismus wandte, nicht an der Übermacht der traditionellen Kolonialmächte zerbrach, sondern den Expansionsdrang des chinesischen Kommunismus zum Opfer fiel. Indien und China, die beiden grossen polaren Kräfte der afro-asiatischen Front, sind in Begriff sich in einen Kampf zu messen, der nicht nur den sogenannten "Block der neutralen Nationen" in Asien auseinandergerissen hat, sondern zugleich auch die Aussenpolitik einer Reihe von Staaten in Bezug auf ihr Verhältnis zum Westen und Osten entscheidend verändern kann.

Ohne Zweifel ist Nehru bereit, gezwungenermassen, gewissen Prämissen indischen aussenpolitischen Handelns zu überprüfen.

In einem bestimmten Masse hat diese Überprüfung schon stattgefunden. Das seit langen getrübt Verhältnis zu den Vereinigten Staaten hat aufgrund der Ereignisse in Tibet eine Wendung zum Positiven erfahren. Nicht zuletzt aber konnte die geduldige aussenpolitik Washingtons, und hier muss besonders der verdienstvollen Rolle des amerikanischen Vizepräsidenten Nixon gedacht werden, die Indier, und nicht nur diese allein, überzeugen, dass die Amerikaner zur Hilfe bereit sind, ohne Stützpunkte zu verlangen. Gleichfalls aber musste in Neu-Delhi eine Entwicklung mit Genugtuung vermerkt werden, die - gleichsam ohne direkten Bezug auf den asiatischen Raum - in der Weltpolitik Platz gegriffen hatte: das sich anbahnende Gespräch der Amerikaner mit den Russen.

Die Einladung Eisenhowers an Chruschtschow wie auch die vorhergegangenen Besuche zwischen Moskau und Washington mussten wie eine langsame Bresche in der Mauer der starren indischer Haltung gegenüber dem Westen wirken. Man begann zu erkennen, dass die Amerikaner nicht die Erben des klassischen europäischen Kolonialismus und auch keinesfalls solch "kalte Krieger" waren, wie es ein gewisses Dogma des asiatischen Neutralismus gefordert hatte. Man kann erwarten, dass

die Wende im indischen Denken sich nicht allein auf eine Revision des indisch-chinesischen Verhältnis einerseits und der Beziehungen Indiens zu Amerikas andererseits beschränken wird, sondern vor allen Dingen eine kräftige Besinnung auf die Gefährlichkeit des Kommunismus bewirken wird. Nicht zuletzt sind es die indischen Sozialisten gewesen, die als erste die Auseinandersetzung mit den Kommunisten im Lande selbst gefordert und - das Beispiel Kerala beweist es - aktiv an ihr teilgenommen haben.

In diesem Zusammenhang muss die Auffassung verschiedener Diplomaten in Indonesien als sehr wichtig gewertet werden, dass Staatspräsident Sukarno beabsichtige in einer noch nicht näher bestimmten Form der SEATO beizutreten. Entscheidend für diesen Schritt seien die Besprechungen mit mehreren Führern "des neutralen Lagers" und mit Armeebefehlshaber Nasution gewesen. Man weiss, dass die sehr starken Rebellenverbände auf Sumatra und Celebes seit geraumer Zeit bereit sind, den Kampf gegen Sukarno einzustellen, wenn dieser mehr Festigkeit gegenüber den Kommunisten in Indonesien zeige. Es hat den Anschein, als habe auch hier die Peking-Aggression das Bild sehr stark zugunsten der freien Welt verschoben. Das Zusammentreffen des pakistanischen Regierungschefs mit Nehru ist die deutliche Antwort Indiens auf die imperialistische Politik Chinas.

Es gibt eine Reihe von Theorien über diese verschiedenen nahezu "heissen" Schachzüge der Chinesen. Die einen sprechen von dem Bemühen Pekings, sich durch "starke Aktionen" mehr denn je in Geltung zu bringen und sich, wenn nötig in den Klub der ganz Grossen zu "schiessen". Andere wiederum sind der Meinung, eine gewisse Spannung zwischen Moskau und Peking sei für diese Entwicklung verantwortlich. Besonders das Gespräch zwischen den USA und der UdSSR habe die Peking-Machthaber verärgert. Viel entscheidender aber dürfte sein, dass die Chinesen, die in letzter Zeit mit grossen inneren Schwierigkeiten zu kämpfen haben - die Drosselung der Planziele beweist es - die Flucht in die Aussenpolitik angetreten haben. Es ist garnicht so ruhig in China, wie man aufgrund des rücksichtslosen Terrors vermuten könnte. Selbst gewichtige Funktionäre der KPCh klopfen auf. Was wäre also einladender als den "grossen Marsch" nach Westen und Südosten zu beginnen. Aber - und hier beginnt das Problem für Peking: die asiatischen Nationen sind nicht bereit sich China zu unterwerfen. Die kommunistische Ideologie dürfte in vielen Fällen selbst auf die Ärmsten der Armen die Wirkung verloren haben, die sie zweifellos einmal hatte. Angesichts derartiger Erdbeben in Asien muss von Westen eine gute und wirksame Diplomatie gefordert werden.

Schleswig-Holstein - Armenhaus der Bundesrepublik

ru.- Schleswig-Holstein, das Bundesland im Norden, steht noch heute am Ende der Schlange allen wirtschaftspolitischen Geschehens. Das geht aus den neuesten Veröffentlichungen hervor, die das Statistische Landesamt in Kiel herausgegeben hat. Neun Jahre CDU-Regierung haben nicht vermocht, dem Lande jene Impulse zu geben, die für Schleswig-Holstein einen besseren Platz im Reigen der Bundesländer ermöglicht hätte.

Die beste Messziffer für diese Feststellungen ist die über das Netto-Inlandsprodukt, in der alle Leistungen der produktiven Wirtschaft, der Dienstleistungen und der öffentlichen Verwaltungen zusammengefasst sind. Während die Wohnbevölkerung Schleswig-Holsteins 4,4 Prozent des Bundesanteiles beträgt, machte das Netto-Inlandsprodukt 1957 nur 3,4 Prozent aus. Während dieses Produkt seit 1950 (mit einer Messziffer von hundert) im Bundesgebiet bis Ende 1957 auf 212 Punkte anstieg, betrug diese Erhöhung in Schleswig-Holstein nur 87 Punkte.

Das alles schlägt sich auch in den anderen Vergleichsziffern nieder. So lag Schleswig-Holstein mit seinem Steueraufkommen weit unter dem des Bundesgebietes - eine Tatsache, die sich auch auf die Gemeinde- und Landesfinanzen niederschlägt und dem Strassen-, Schul- und Wohnungsbau hemmend im Wege steht. Im Durchschnitt des Bundesgebietes kamen 1957 pro Einwohner 369 Mark an Landessteuern auf. In Schleswig-Holstein waren es nur 202 Mark. Dieses Bundesland lag damit weit am Ende. Das gleiche gilt für die Gemeindesteuern, wo die Vergleichszahlen 133 Mark und 98 Mark ermittelt worden sind.

So ist es denn kein Wunder, dass im Norden in der öffentlichen Fürsorge im Rechnungsjahr 1957 für jeden Einwohner nur 22,32 Mark ausgegeben werden konnten, während der Betrag im Bundesdurchschnitt 30,29 Mark betrug. Gemessen an der geringen wirtschaftlichen Produk-

tionskraft des Landes ergibt sich dann sozusagen zwangsläufig, dass in Schleswig-Holstein am wenigsten gespart werden kann, was sich wiederum nachteilig für die Investitionsmöglichkeiten auswirkt. Die Spareinlagen betragen 1958 je Einwohner im Norden 463 Mark, aber im Bundesdurchschnitt 637 Mark.

Die Konsequenz dieser Zahlen lässt sich in der Forderung nach einer durchgehenden Vollbeschäftigung, einer Schaffung weiterer Arbeitsplätze sowie der Produktivitätssteigerung der vorhandenen Arbeitsplätze zusammenfassen. Um das zu erreichen, sind eine Reihe konkreter Forderungen zu erfüllen, die letztlich dazu führen sollen, dass Schleswig-Holstein sich aus eigenem Wirtschaftsgeschehen heraus besser unterhalten und schneller mit dem Wohnungs-, Schul- und Strassenbau vorankommen kann. Diese Forderungen wollen die Sozialdemokraten im Kieler Landtag in der bevorstehenden Wintersitzungsperiode noch stärker in den Vordergrund schieben.

Einmal darf es nicht zu einem Handelskrieg zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zu der ja das Bundesgebiet und Schleswig-Holstein gehören, mit der kleinen Freihandelszone kommen, in die Schleswig-Holstein überwiegend besonders nach Skandinavien liefert. Schleswig-Holstein ist am ehesten daran interessiert, weil es nicht aus dem skandinavischen Markt herausgedrängt werden möchte.

Weiter ist das Land im Norden das Land mit der grössten Winterarbeitslosigkeit. Grössere Anstrengungen sind notwendig, um die Fremdenverkehrsaison zu verlängern, die Landwirtschaft dazu zu bewegen, ihre Arbeiter auch im Winter zu behalten und die Notstandsarbeiter in der Küstenbefestigung zu ordentlichen Arbeitnehmern zu machen.

Ferner müssen die Krisenzeichen, die ihre Schatten immer stärker auf die Werften des Landes werfen, abgewendet werden. In den Auftragsbüchern müssen die Auftragsgänge wieder den Ablieferungen und Stornierungen überwiegen. Das alles wird nicht ohne staatliche Hilfe möglich sein.

Kommunistenjäger

sp - Vor dem Strafsenat des Berliner Kammergerichtes läuft gegenwärtig ein Prozess gegen den früheren Sachbearbeiter des Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen, Dr. Kurt Werner. Ihm unterstand das Referat "Sozialistische Wirtschaft". Werner war im April 1956 aus Mitteldeutschland nach Westberlin geflohen. Er gab sich als ein fanatischer Antikommunist aus, und dies allein genügte, bei einem Verband, der sich die Untersuchung und Beobachtung der Zustände in der DDR zum Ziel gesetzt hat, gleich als Referatsleiter unterzukommen. Heute wirft ihm die Anklage vor, als SSD-Agent im Büro der Freiheitlichen Juristen gewirkt zu haben. Der Angeklagte zeigte sich in der Verurteilung ziemlich geständnisfreudig. Nun versucht er, seine Spitzeltätigkeit zu verharmlosen. Wie viele Menschen er in unmittelbare Gefahr brachte, wird wohl unbekannt bleiben.

Im Sumpf von Spionage und Gegenspionage gedeihen manche fragwürdige Existenzen. Fälle wie Werner gehören sozusagen zu den Normalerscheinungen im geteilten Deutschland. Aber es macht nachdenklich, wenn Menschen, die vorgeben, glühende Antikommunisten zu sein, in manchen Organisationen mit offenen Armen als willkommene Kampfgefährten aufgenommen werden. Oft verbirgt sich darunter der Wolf im Schafspelz. Ein solcher war auch ein gewisser Wolfram v. Hanstein, dem sich als Gründungsmitglied des Komitees "Rettet die Freiheit" so manche Türen öffneten und vielleicht auch manche Brieftaschen erschlossen. Den "Rettet die Freiheit"-Leuten hatte es gefallen, wie couragiert dieser Herr gegen die Kommunisten loszog, wie eifrig er sich als Warner vor der bolschewistischen Gefahr betätigte und alle jene der Verweichlichung bezichtigte, die seinem tönenden Pathos nicht recht glauben wollten. Der Antikommunismus dieses Herrn war, wie sich nachträglich herausstellte, ganz besonderer Art - er wurde dafür von der anderen Seite mit 1600,- DM im Monat bezahlt. Seine früheren Förderer taten das Klügste, was sie tun konnten, sie schwiegen beschämt über diesen Reinfall, den sie erlitten.

Vorsicht ist also geboten, wenn jemand als Antikommunist besonders weit den Mund auf tut. Die Verbindung zwischen einem solchen Schreihals und einem SSD-Agenten liegt - wie man es aus diesen beiden Fällen ersehen kann - oft in einer Person. Dass diese gleichen Leute sich gleichzeitig gewissen Stellen in der Bundesrepublik als Gegner der Sozialdemokratie empfehlen und auch Anklang finden, gehört gewissermaßen mit zu ihrem Metier.

+ + +

Verantwortlich: i. V. Albert Exler